

Positionspapier der Bundesschülervertretung 2020/21

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die österreichische Bundesschülervertretung, sind die gesetzlich verankerte und überschulische Vertretung von allen 1,1 Millionen Schülerinnen und Schülern. Mitbestimmung im Bildungswesen ist uns ein großes Anliegen. Als Sprachrohr aller Schülerinnen und Schüler bieten wir jeder und jedem das Bildungssystem aktiv mitzugestalten. Dazu findet jährlich das Österreichische SchülerInnenparlament statt. In den folgenden Forderungen befindet sich ein Überblick über wichtige Reformvorschläge für Österreichs Bildungslandschaft. Forderungen, die uns Schülerinnen und Schülern am Herzen liegen und unsere Zukunft bestimmen werden. Als Interessensvertretung ist es unser Ziel, alles für unser Bildungssystem zu geben und unsere Forderungen umzusetzen, damit unsere Schule Stück für Stück besser wird.

Mit freundlichen Grüßen,

Alexandra Bosek

Bundesschulsprecherin

Partizipation

Mehr Mitbestimmung der Bundesschülervertretung

Die Bundesschülervertretung vertritt allesamt Schülerinnen und Schüler Österreichs. Damit auch einen großen und wichtigen Bruchteil der österreichischen Bevölkerung. Gerade diese Personengruppe trägt unglaublich viel Entwicklungspotential und gleichzeitig die Zukunft von allen von uns mit sich. Um diese Entwicklung auf Vordermann zu bringen und wirklich zu nutzen, muss jede Stimme gehört werden.

Deshalb ist es wichtig, dass die BSV eine Stimme in Gremien wie der Bildungsreformkommission bekommt, um nicht nur mitzureden sondern auch aktiv mitbestimmen zu können. Nur so kann sichergestellt werden, dass Entscheidungen auch im Sinne der Schülerinnen und Schüler getroffen werden.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Einbindung der Bundesschülervertretung in Gremien in denen bildungspolitische Entscheidungsprozesse stattfinden.

Unabhängigkeit der Bundesschülervertretung

Uns ist es wichtig, dass wir als eigenes gesetzlich gewähltes Gremium einen Gestaltungsfreiraum haben, wo wir aktiv und unabhängig an dem jetzigen System Schule arbeiten können. Dazu gehört die mediale Präsenz wie die Website und Presseaussendungen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Bundesschülervertretung verfügt über einen eigenen, unabhängigen Gestaltungsfreiraum in den Bereichen Website, Presse und Social Media.

Schulautonomie

Bundesministerium – Bildungsdirektion – Schulstandort. Für die einzelne Schule, die autonom Konzepte umsetzen möchte, gibt es viele Hindernisse. So werden oft Ideen oder Projekte, die Direktorinnen und Direktoren oder Lehrerinnen und Lehrer an Schulen autonom umsetzen wollen, nie Wirklichkeit, da es zu viele komplizierte Hürden gibt. Damit geht Österreich leider einen völlig anderen Weg, als viele andere OECD Mitgliedsstaaten. Sowohl alle Schulstandorte als auch das Lehrpersonen müssen über einen eigenen Gestaltungsfreiraum verfügen. Nur so kann das schuleigene Engagement stetig steigen und der Wettbewerb, der so unbedingt nötig ist, wieder stattfinden.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

Personelle Autonomie

- § Bestellung von Lehrpersonal durch die Direktion und Schulpartner
- § schulautonomes Kündigen von Lehrpersonal

Finanzielle Autonomie

- § Eine Schule muss frei über ihr Budget verfügen können.

Pädagogische Autonomie

- § Einem Schulstandort muss es möglich sein, den Lehrplan nach regionalen Gegebenheiten eigenständig, unter Erfüllung der Bildungsstandards, anzupassen.
- § Einführung eines flächendeckenden Schulstandortplanes.

Schulpartnerschaft

Das Zusammenspiel der einzelnen Schulpartner (Eltern, Schülerschaft, Lehrpersonal) ist für einen funktionierenden Schulalltag enorm wichtig. Diese Schulpartner sind nur sehr selten in Entscheidungsprozessen eingebunden, obwohl es genau die Personengruppe ist, die es am Ende am meisten betrifft. Es ist längst überfällig, die Gremien der Schulpartnerschaft, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene zu stärken, um eine Mitgestaltung der Schule durch die Betroffenen zu gewährleisten.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Aufwertung der Schulpartnergremien durch die gesetzliche Verankerung des Landes- und des Bundes-Schulgemeinschaftsausschusses

Beurteilung und Prüfung

Zentralmatura

Die zentralisierte Reifeprüfung wurde im Schuljahr 2014/15 an allen Allgemeinbildenden Höheren Schulen erstmalig durchgeführt und im Schuljahr 2015/16 wurde sowohl diese, auch als Reife- und Diplomprüfung an allen Berufsbildenden Höheren Schulen eingeführt.

Der Abschluss einer Schülerin oder eines Schülers ist die Reifeprüfung, leider zeigen sich hier Jahr für Jahr Herausforderungen, die es dringend zu bewältigen gilt. Die stark schwankenden Ergebnisse der Mathematik-Matura, ständig wechselnde Rahmenbedingungen und eine Maturanote, die nur von einer einzigen abgegeben Leistung abhängig gemacht wird, sind nur drei von vielen Problemen, die bisher noch zu keiner zufriedenstellenden Lösung geführt haben. Hier braucht es die Einbindung der Schulpartner, um langfristige und gut durchdachte Lösungen bereitzustellen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Das Entgegenkommen des Ministeriums und die rasche Umsetzung in der Bundesreifeprüfungskommission aufgezeigtter Notwendigkeiten.
- § Die Zurücksetzung der Vorbereitungsstunden auf die ursprüngliche Stundenanzahl (viermal die Wochenstundenanzahl im Abschlussjahr).
- § Leistungen des letzten Schuljahres müssen einbezogen werden. Bei NOST-Schulen soll das Sommersemester höher gewichtet werden.
- § Eduthek beinhaltet Lernmaterialien, insbesondere konkrete Beispiele für den Maturastoff, dabei soll eine Clusterung in Themenpools stattfinden, um eine übersichtliche Darstellung zu gewährleisten.
- § Maturarelevanter Stoff muss vorgezogen und expliziter durchgenommen werden, bei Zeitmangel Verschlankung der Maturakörbe

Konkretisierung der Leistungsbeurteilungsverordnung

Derzeit ist die Leistungsbeurteilungsverordnung (LBVO) sehr ungenau ausgelegt und hinterlässt sehr viel Raum für Interpretationen. Mit Hilfe der LBVO ist es bereits im Präsenzunterricht sehr schwer, die Leistung einer Schülerin oder eines Schülers zu beurteilen. Doch wie funktioniert eine Benotung während einer Distance Learning Phase, wenn Mitarbeit kaum erkennbar ist und Leistungen schwer einzusehen sind? Am Beginn des Schuljahres gibt es viele Überprüfungen, welche auf dem Stoff des Vorjahres aufbauen. Doch wie wird der verpasste Stoff nachgeholt und in die Benotung miteinbezogen?

Deswegen fordert die Bundesschülervertretung

- § Die Konkretisierung der LBVO, um den Interpretationsspielraum in dieser zu minimieren und somit möglichen Konflikten vorzubeugen.
- § Einbindung aller Schulpartner in den oberhalb geforderten Prozessen.
- § Ein Konzept zur Veränderung der LBVO während Distance Learning Phasen und die Zeit unmittelbar danach.

Unterricht

Feedbackkultur

Täglich geben wir, Schülerinnen und Schüler, unser Bestes im Unterricht. Abgesehen von der Bewertung durch Noten, erhalten wir keinerlei Rückmeldung auf unsere Leistung bei Tests und Schularbeiten. Sogar unsere Mitarbeit, unsere aktive Teilnahme an regulären Unterrichtsstunden, wird lediglich durch Ziffern von 1 bis 5 bewertet. Doch um sich wirklich verbessern zu können, ist es auch notwendig zu wissen, worin die persönlichen Stärken und Schwächen liegen und woran man noch besonders arbeiten sollte. Jedoch gilt genau dasselbe für Lehrpersonen. Wie sollten diese sich weiterentwickeln und ihren Unterricht verbessern, solange sie keine Rückmeldungen und kein konstruktives Feedback erhalten?

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

Die Ausarbeitung und Umsetzung des 360 Grad Feedbacks mit folgenden Kriterien:

- **§ Feedbackkultur in der Schule**

Um eine aktive Feedbackkultur leben zu können, ist es eine Grundvoraussetzung zu wissen, was man unter konstruktivem Feedback versteht, wie man dieses gibt und auch weiß, wie man dieses nutzen kann. Nur durch solch eine Kritik können Personen davon profitieren und der Unterricht positiv verbessert werden. Deshalb müssen genau diese Fähigkeiten im Unterricht vermittelt werden.

- **§ Altersadäquates Feedback**

Unabhängig von der Schulstufe und der Schulform, soll immer und überall die Möglichkeit bestehen, Feedback zu geben und zu erhalten. Deshalb sind selbstverständlich verschiedene Formen des Feedbacks notwendig. Diese sollten auf das jeweilige Alter angemessen angepasst werden.

- **§ Digitale Abwicklung des Feedbacks**

Um das 360 Grad Feedback für jede Schülerin und jeden Schüler jederzeit und überall zugänglich zu machen, sollen auch dafür die Vorteile der Digitalisierung genutzt werden. Dies vereinfacht einerseits die Auswertung und verhindert, dass Feedbackbögen verloren gehen. Im Sinne der Umwelt sind virtuelle als Ersatz zu materiellen Feedbackbögen eine Voraussetzung. Daher setzen wir uns für eine flächendeckende Umsetzung über eine zentralisierte digitale Feedbackplattform ein.

- **§ Form des Feedbacks**

Höchste Priorität beim Geben von Feedback ist, dass man weiß, in welchen Bereichen Verbesserungsbedarf besteht. Dies kann auf vielen verschiedenen Wege gewährleistet werden, weshalb es auch nicht immer sinnvoll ist, auf der standardisierten Notenskala zu beharren. Es sollte offen darüber diskutiert werden, wo noch Verbesserungspotential liegt, aber auch, was schon sehr gut läuft, um so den Unterricht bestmöglich anzupassen.

- **§ Anonymität**

Die Lehrperson ist eine Autoritätsperson, eine Person vor der man, vor allem in der Unterstufe sehr viel Respekt hat. Dieser Respekt sollte aber nicht die Konsequenz haben, dass die eigene Meinung zu kurz kommt. Manche Schülerinnen und Schüler haben Angst, von ihren Lehrerinnen und Lehrern schlechter beurteilt zu werden, oder befürchten kein gutes Verhältnis mehr mit der jeweiligen Lehrperson zu haben. Um sicherzustellen, dass jede und jeder tatsächlich immer ehrlich sein kann, muss Feedback immer anonym übermittelt werden.

- **§ Konsequenzen des Feedbacks**

Das erhaltene Feedback der Schülerschaft zeigt den Lehrpersonen auf, wo ihre Stärken und Schwächen liegen. Sowohl auf positive Fähigkeiten als auch auf noch Ausbaufähiges sollte besonders Rücksicht genommen und entsprechend gefördert werden. Dies soll auch im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen geschehen. Ebenfalls sollen Gespräche mit der Schulleitung geführt werden. Verpflichtende Fortbildungen bei negativem Feedback, sollen dazu führen, die Unterrichtsqualität zu verbessern.

○ § Online – Schulfeedback

Um auch den Schülerinnen und Schülern, den Lehrpersonen und den Eltern die Möglichkeit zu bieten, der Schule im Allgemeinen Feedback zu geben, fordern wir die Schaffung von Möglichkeiten für anonymes Online-Feedback, das direkt an die Schulleitung weitergeleitet wird.

Content Learning Integrated Language

Nicht nur in Englisch, sondern auch in einigen Unterrichtsgegenständen, verwenden wir Englisch als Arbeitssprache. Das soll uns internationale Zusammenarbeit im späteren Berufsleben erleichtern. Doch in der Praxis ist das eher ein Hindernis als eine neue Möglichkeit, denn mit ca. 9 Stunden CLIL im Semester können weder Grundlagen, noch Fachwissen erlernt und gefestigt werden. Die Verständigung im Unterricht stellt sowohl für Schülerinnen und Schüler, als auch für Lehrerinnen und Lehrer eine Schwierigkeit dar. Bis vor einiger Zeit, gab es jedoch noch Fachenglisch, ein Englischunterricht der sich mit den grundlegenden Formulierungen der jeweiligen Berufssparte beschäftigt. Da dadurch das Grundvokabular erarbeitet, und das Fachwissen verstanden wird, fordern wir, dass Fachenglisch wieder zurück in unsere Schulen findet und somit eine bessere Möglichkeit bietet, uns international in unserem Fachgebiet verständigen zu können.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Fachenglisch zurück an unsere Schulen zu bringen.
- § Angepasste Unterrichtsmittel für den Unterrichtsgegenstand Fachenglisch.
- § Das Einbinden von fachkundigen, englischsprachigen Gastreferentinnen und Gastreferenten.

Politische Bildung & Medienkunde

In Österreich sind wir bereits mit 16 wahlberechtigt. Um dieses Privileg anwenden zu können, ist es wichtig, dass den Schülerinnen und Schülern die Abläufe der Demokratie, sowie unser Rechts- und Staatssystem veranschaulicht werden. Außerdem soll Verständnis für Politik und deren Auswirkungen geschaffen werden. Denn auch tages- und weltpolitische Themen müssen verstärkt behandelt werden, um unsere Jugend das gewisse Know-how, einer immer schneller werdenden Gesellschaft, mitzugeben.

Die Verbreitung von "Fake News" binnen Sekunden ist für keinen ein Geheimnis mehr. Wir, Schülerinnen und Schüler, müssen lernen, Informationen zu analysieren, zu hinterfragen und mögliche „Fake News“ zu erkennen. So sollen wir uns eine eigene Meinung bilden können und werden nicht mehr von äußeren Einflüssen und Falschinformationen beeinträchtigt.

Aktuell finden diese Punkte im Geschichts-Unterricht viel zu wenig Platz, da das Ausmaß des Lehrplans für das aktuelle Stundenpensum zu groß ist.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Politische Bildung und Medienkunde als eigenständiges Unterrichtsfach ab der 7. Schulstufe.
- § Ein reichhaltiger Zeitungskiosk in der Eduthek soll kostenlos für Schülerinnen und Schüler ab der Oberstufe zur Verfügung stehen.
- Die Einbindung von aktuellen Themen in den gerade vorhandenen Geschichtsunterricht.

Unterstützungs- und Supportpersonal

Nicht nur Lehrkräfte sind heutzutage an vielen Schulstandorten überfordert, sondern auch die Schülerinnen und Schüler. Oft ist es nicht einmal mehr möglich den normalen Unterricht durchzuführen. Aber genauso in der unterrichtsfreien Zeit, werden Personen in Schulen verbal oder physisch direkt angegriffen. Die meisten Lehrerinnen und Lehrer haben keine Ausbildung dafür, wie man mit solchen Situationen und mit betroffenen Schülerinnen und Schülern umgeht. Die Behebung und Prävention von solchen Fällen ist äußerst zeitintensiv. Deshalb braucht es mehr Supportpersonal und Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an unseren Schulstandorten.

Diese können als eine wertvolle Unterstützung außerhalb des Unterrichts dienen und Probleme klären, beziehungsweise diese durch Präventivmaßnahmen verhindern. Durch psychologische Einzel- oder Gruppengespräche können Konflikte und persönliche Probleme, wie zu viel Druck von anderen Personen oder Stress, beseitigt werden.

Genauso kann das Unterstützungspersonal die Schülerinnen und Schüler noch besser auf ihre Zukunft vorbereiten, beziehungsweise ihnen bei der Planung dieser helfen. Das kann auf sehr viele variable Arten geschehen. Zum Beispiel durch Berufs- und Studienorientierungsgesprächen oder durch Förderprogramme von Schülerinnen und Schülern. Dadurch fällt den Schülerinnen und Schülern der Schulalltag leichter und ein positives Resultat könnte die Steigerung der eigenen, erbrachten Leistung sein.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Mehr Unterstützungs- und Supportpersonal an allen Schulstandorten.

Individuelle Förderung

Schülerinnen und Schüler jeder Schule kommen aus unterschiedlichen Sozialschichten, weswegen es nicht gerecht ist, jede und jeden selbst für ihre oder seine Unterrichtsressourcen verantwortlich zu machen. Während es für manche kein Problem ist, sich zum Beispiel ein Notebook für den Unterricht zu kaufen, fehlt es anderen an Geld für Bücher. Um genau diesen Spalt aus dem Bildungssystem zu entfernen, benötigen wir eine optimale und vor allem zeitgerechte Förderung für jedes, die Schule besuchende, Individuum. Eine vollständige analoge Bereitstellung, wäre nicht genug, denn Schülerinnen und Schüler des 21. Jahrhunderts benötigen nicht nur Zugriff auf digitale Ressourcen, sondern müssen auch lernen, diese im weiteren Leben als Hilfsmittel statt Genussmittel zu nutzen.

Jugendliche unterscheiden sich jedoch nicht nur in Sozialschichten, sondern vor allem auch im Charakter und in ihren Talenten. Die meisten Lehrerinnen und Lehrer verlangen von jeder Schülerin und jedem Schüler exakt das Gleiche zu erbringen. Da aber keine Person so ist wie die andere, leiden viele darunter. Der Förderunterricht für schwächere Schülerinnen und Schüler darf nicht die einzige Lösung sein, wobei es ein guter Schritt in die richtige Richtung ist. Um jeder Schülerin und jedem Schüler dabei zu helfen, sich möglichst in ihrem oder seinem Charakter zu entfalten, muss präziser auf ihre Talente und Stärken eingegangen werden.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Genug Ressourcen für jeden Schulstandort, um jede Schülerin und jeden Schüler individuell fördern und fordern zu können.
- § Forcieren von Talentförderungsmodellen im Unterricht

SchülerInnenparlamente

SchülerInnenparlamente sind zu einem wichtigen Werkzeug für die Schülervertretung geworden, um ihre Anliegen bestmöglich an die Politik zu tragen und ihren Forderungen das nötige Gewicht zu geben. Sie bieten aber auch die Möglichkeit, über bildungspolitische Themen zu diskutieren und sich innerhalb der Schülerschaft über das Konzept der "idealen Schule" auszutauschen. Dadurch ist ein guter Grundstein gelegt, der Stimme der Schülervertretung noch mehr Gewicht zu geben.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die gesetzliche Verankerung des SchülerInnenparlaments auf Landesebene, zumindest einmal pro Semester.
- § Unterstützung der Schülervertretung bei der Organisation des SchülerInnenparlaments durch die dafür zuständigen Ebenen der Landesregierung und der Bildungsdirektion.

- § Das Recht der Schülervertretung, einmal pro Semester ein SchülerInnenparlament an der Schule abzuhalten
- § Verpflichtende Stellungnahmen der Landes- bzw. Bundesregierung zu sämtlichen positiv abgestimmten Anträgen des SchülerInnenparlaments

Umweltschutz

In Zeiten von “Fridays for Future” und der Klimaerwärmung wird es tagtäglich wichtiger, auf seine Umwelt zu achten und sie dementsprechend zu schützen. In unserem privaten Leben sollten wir daher umweltbewusst leben, doch meist fehlt es hier an dem nötigen Know-How der Schülerinnen und Schüler. Wie lebe ich umweltbewusst und was kann ich für die Umwelt tun? Genau um solche Fragen nicht erst zu klären, wenn es längst überfällig ist, sollte hier an den Schulen Österreichs angesetzt werden. Die Schule sollte die Schülerinnen und Schüler nicht nur im Bereich des Umweltschutzes aufklären, sondern auch selbst umweltbewusst und vor allem plastikfrei gestaltet sein. Auch sollte auf die Mülltrennung geachtet werden. Zu guter Letzt darf auch nicht auf das Schulbuffet vergessen werden. Gerade in dieser Zeit nach dem Lockdown sollten Betriebe Österreichs gestärkt werden. Durch ein regionales Angebot an den Schulen tun wir somit nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Umwelt etwas Gutes, da beispielsweise keine Äpfel aus anderen Ländern eingeflogen werden müssen. Auf die Saisonalität des Angebotes am Buffet darf aber auch nicht vergessen werden. Die Schule von morgen sollte daher nicht nur Gutes für unsere Absolvierung unserer Ausbildung, sondern auch für die Umwelt und für unsere Zukunft leisten.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Abschaffung von jeglicher Art von Plastik an Schulen.
- § Die Integration von Umweltschutz in die Lehrpläne.
- § Die richtige Mülltrennung in allen Schulen.
- § Rein regionales & saisonales Buffet.

Lehrpläne

Das Thema Lehrpläne scheint in Österreich zu einem wiederkehrenden Ärgernis zu werden, was großteils wohl daran liegt, dass aktuelle Lehrpläne Jahrzehnte alt sind. Im Jahr 2023 sollen zwar weitreichende Lehrplanreformen folgen, nur muss man Acht geben, dass eben diese Reformen ausreichend durchdacht durchgeführt werden. So muss man beispielsweise Rücksicht darauf nehmen, dass sich sowohl unsere Gesellschaft als auch unser Schulalltag immer mehr in Richtung Digitalisierung bewegt. Dies ist auch für einen Lehrplan von äußerster großer Bedeutung, da man vielleicht auch die Möglichkeit in Betracht ziehen sollte, gleichzeitig die angebotenen Möglichkeiten digitaler Schulbücher zu überarbeiten. So muss man unserer Meinung nach weg von den “besseren pdf-Dokumenten”, wie sie Digi4School bietet und uns in Richtung interaktives, digitales Buch entwickeln. So kann man versichern, dass die digitale Mitschrift nicht zu einem Copy and Paste Irrsinn von Screenshots aus digitalen Büchern wird.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Überarbeitung der Plattform Digi4School sowie die Entwicklung von “echten” digitalen Büchern statt pdf-Dokumenten, welche an den zukünftigen Lehrplan angepasst sind.

IT-Infrastruktur

Wir leben in einer Zeit, in welcher Tablets, Laptops und Smartphones schon lange zum Alltag gehören. Doch trotzdem stehen wir seit einiger Zeit vor dem Problem, dass diese Innovationen in der Schule wohl noch nicht angekommen zu sein scheinen. So gibt es etwa erst wenige Schulen, in denen man eine Breitbandanbindung vorfindet. Auch das Thema WLAN wird für Schülerinnen und Schüler immer relevanter, da die Zahl derer, die ihre Mitschrift digital erledigen, stetig steigt. Auch die Ausstattung an manchen Schulen lässt mehr als zu wünschen übrig. Computer, die 10 Minuten zum Hochfahren benötigen, darf es im Jahr 2020 nicht mehr geben, vor allem nicht in der Schule, die uns eigentlich auf unser späteres Leben vorbereiten sollte.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Eine flächendeckende Breitbandabdeckung an österreichischen Schulen
- § Eine WLAN-Anbindung an Schulen, die für alle Schülerinnen und Schüler, die sie benötigen, frei zugänglich ist.
- § Die Überarbeitung und Modernisierung der technischen Ausstattung an Schulen, um einen Unterricht mit modernsten Lehrmitteln gewährleisten zu können

Öffentliches Verkehrsnetz für Schülerinnen und Schüler

Vor allem in der vergangenen Zeit ist ein starker Drang der Gesellschaft hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu erkennen. Dieses öffentliche Interesse wird allerdings vor allem außerhalb der Städte jedoch stark durch das Fehlen eines Verkehrsnetzes, welches in der Lage ist, zur Alternative des Individualverkehrs zu werden, gebremst. Auch neuerdings hat uns die Corona-Pandemie vor Augen gehalten, wie misslich die Zustände mancherorts immer noch sind. So hört man von hoffnungslos überfüllten Bussen oder Zügen zu Stoßzeiten und von zu niedrigen Taktungen vielerorts. Diese Zustände sind in der aktuellen Situation einer Pandemie nicht nur sehr gefährlich, sondern auch unfassbar unverantwortlich.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, beispielsweise in Form von zwei Bussen zu Spitzenzeiten, sodass der öffentliche Verkehr zu einer attraktiven Alternative des Individualverkehrs werden kann
- § Höhere Taktung der Busse beziehungsweise Züge zu Stoßzeiten
- § Überarbeitung des Verkehrsnetzes um vor allem die Sicherheit der Transportierten gewährleisten zu können, was vor allem in Corona-Zeiten mehr als essentiell ist

AHS

Modulare Oberstufe

Es gilt, ein System einzuführen, welches individuell auf die Stärken und Interessen jeder Schülerin und jedes Schülers eingeht und gleichzeitig Eigenverantwortung und Selbstständigkeit einerseits erfordern als auch ausbilden kann. Ein System dieser Art findet bereits an einigen österreichischen Schulen Verwendung als Schulversuch und wird von der Schülerschaft auch gut aufgenommen. Schülerinnen und Schüler profitieren von den individuellen Gestaltungsmöglichkeiten des Systems und können so zusätzlich zum Grundstoff noch ihre Talente und Interessen in ihren Schulalltag einbauen. Außerdem wird durch die Basismodule weiterhin gewährleistet, dass weiterhin eine sinnvolle Allgemeinbildung gewährleistet wird.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Eine “Modulare Oberstufe”, in welcher Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, ihren Stundenplan selbst mitzugestalten und ihre Talente tatsächlich fördern.

Haushaltsökonomie und Ernährungslehre als Wahlpflichtfach an jeder AHS:

Seit Jahren beobachten wir, dass der wohl größte Schwachpunkt der AHS, die fehlende Ausbildung im Bereich der Wirtschaft und der Finanzen ist. So kennen die meisten Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sich nicht einmal mit einfachen Wirtschaftszusammenhängen, wie Steuern im Allgemeinen aus. Man kann hier den bereits ausgearbeiteten Lehrplan für das Fach “Haushaltsökonomie und Ernährungslehre” hinzuziehen. Zusätzlich zu wirtschaftlichen Grundsätzen wird den Schülerinnen und Schülern auch das Thema Ernährungsökonomie nähergebracht. So kann man einer wirklich Allgemeinbildenden Höheren Schule einen Schritt näher kommen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Einführung eines Wahlpflichtfachs mit inhaltlichem Fokus auf Wirtschaft und Ernährungslehre.

VWA-Vorbereitungskurse vereinheitlichen:

Eines der wichtigsten Hilfsmittel beim Schreiben von Vorwissenschaftlichen Arbeiten für Schülerinnen und Schüler sind die angebotenen VWA-Vorbereitungskurse. Leider sind diese Kurse von Schule zu Schule unterschiedlich, was unweigerlich dazu führt, dass manchen Schülerinnen und Schülern ein besserer Grundstein zukommt, als anderen. Diesem Problem kann man entgegenwirken, indem man diese Kurse österreichweit vereinheitlicht und so versichert, dass wirklich alle Schülerinnen und Schülern die besten Voraussetzungen zum Schreiben ihrer VWA haben.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Vereinheitlichte VWA-Vorbereitungskurse mit einer einheitlichen Mindestanzahl an Stunden sowie einem einheitlichen Stoffgebiet

Evaluierung des Flex-Systems:

Vor einiger Zeit ist an manchen AHSen in Oberösterreich ein neues Zeitmodell in Verwendung. Ziel dieses Modells ist es der einzelnen Schülerin und dem einzelnen Schüler mehr Eigenverantwortung zuzusprechen und diese so besser auf ihr späteres Leben vorzubereiten.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Evaluierung des Flex-Systems (Bsp. ORG Dachsbau in Oberösterreich)

BMHS

Professionelle und zeitgerechte Ausstattung für den facheinschlägigen Unterricht

Die Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen unterteilen sich in verschiedenste Schultypen und haben somit auch individuellen Optimierungsbedarf, im Bereich der zeitgerechten Ausstattung. Durch das Bereitstellen von professionellem Equipment, würde sich in Folge der Motivation, die Leistung der Schülerinnen und Schüler steigern. Des Weiteren würde sich auch die Qualität des Unterrichts wesentlich verbessern.

Damit der facheinschlägige Unterricht gewährleistet ist, benötigt es eine zeitgerechte und vor allem eine professionelle Ausstattung in BMHSen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Bereitstellung zeitgerechter und professioneller Ausstattung für den facheinschlägigen Unterricht.

Ständige Verfügbarkeit von unterrichtsrelevanten IT- Programmen

Der Unterricht dient dazu, die Schülerinnen und Schüler auf ihr späteres Leben und den Berufsalltag vorzubereiten. Das betrifft auch die Digitalisierung, die sich stetig weiterentwickelt und zunehmend wichtig wird. Leider kommt es oft vor, dass Schulen nicht mit den passenden IT-Programmen ausgestattet sind, um die Bildung der Welt von morgen anpassen zu können, eher im Gegenteil, es wird zu sehr an der Vergangenheit festgehalten. Der digitale Bereich ist einer, der auf keinen Fall vernachlässigt werden soll, erst recht nicht, wenn er zur Vertiefung der Berufsbildung beiträgt. Um mit der Zeit zu gehen muss in technische Neuerungen und die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften investiert werden.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Bereitstellung der neuesten Technik, vor allem für den facheinschlägigen Unterricht
- § Nutzung der Programme für Schülerinnen und Schüler auch außerhalb des Unterrichts

BS

Jede Schülerin und jeder Schüler hat verschiedene Begabungen und Interessen. Ein Vorteil unseres Bildungssystems ist es, dass sich Jugendliche neben einer weiteren Schullaufbahn auch für eine Lehre entscheiden können. Allerdings gibt es noch einige verbesserungswürdige Bereiche im System.

Vereinheitlichung und Ausdehnung der Internatsausgehzeiten

Für Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die ein öffentliches Internat besuchen, gibt es derzeit kein einheitliches Gesetz für Ausgehzeiten. Es wird meist keine Rücksicht auf das Alter der Berufsschülerinnen und Berufsschüler genommen. Vor allem volljährige Berufsschülerinnen und Berufsschüler kommen sich hier bevormundet und eingesperrt vor. Es wird keine Rücksicht auf das Alter der Berufsschülerinnen und Berufsschüler genommen, das Jugendschutzgesetz wird bei der Entscheidung über Ausgehzeiten nicht berücksichtigt. Nach dem Schultag müssen Lernzeiten eingehalten werden, die oftmals knapp oder direkt in die Nachtruhe übergehen. Es entfällt somit jegliche Zeit für Privatleben oder Freizeitaktivitäten.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Schaffung einer bundesweiten Internatsordnung, sowie die Ausarbeitung dieser Internatsordnung in Zusammenarbeit mit Vertretern der Bundesschülervertretung, der Internate und des Bildungsministeriums.

Bundesländerübergreifendes Ticket während der Berufsschulzeit

Viele Schülerinnen und Schüler haben einen weiten Weg bis zu ihrer Berufsschule. Dieser Weg führt für manche sogar durch ein oder mehrere Bundesländer, da es für manche Berufe nur sehr wenige Berufsschulen in ganz Österreich gibt. Für diesen Weg von und bis zur Berufsschule benutzen viele SchülerInnen das Auto oder müssen sich teure Tickets für eine lange Strecke kaufen. Für ein bundesländerübergreifendes Ticket sprechen mehrere Faktoren, einerseits der Geldfaktor, da Berufsschülerinnen und Berufsschüler ihr meist knappes Gehalt für Benzin oder Fahrkarten aufwenden müssen, andererseits der Umweltfaktor, wenn Schülerinnen und Schüler mit öffentlichen Verkehrsmitteln statt dem eigenen Auto fahren, wird hier auch aktiv die Umwelt geschont, aber auch der Lernfaktor, da man sich im Zug oder Bus bereits auf kommende Prüfungen, Referate oder Schularbeiten vorbereiten kann.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Ein Österreich-Ticket während der Berufsschulzeit, um so jeder Berufsschülerin und jedem Berufsschüler eine günstige Möglichkeit zu geben, von und zur Berufsschule ab- oder anzureisen.

Klare Regelung der Berufsschülerinnen- und Berufsschülervertretung

Derzeit gibt es keine klare Definition für eine Freistellung von Schülervertreterinnen und Schülervertretern während ihrer Zeit in der Berufsschule. Man muss meist zuerst bei der Schulleiterin oder dem Schulleiter anfragen, ob man eine Freistellung bekommt, um bei Veranstaltungen von LSV oder BSV teilnehmen zu können. Jedoch können die zuständigen Personen an den Schulen diese Freistellung verweigern und somit die Schülerinnen und Schüler daran hindern, sich aktiv an der Bildungspolitik zu beteiligen. Es sollten aber auch Berufsschülerinnen und Berufsschüler die Möglichkeit haben, aktiv bei Landes- oder Bundesthemen mitwirken zu können.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Eine klare Definition für die Freistellung für die SV während der Zeit in der Berufsschule.
- § Drei Tage Freistellung vom Unterricht pro Person in der Berufsschülerinnen- und Berufsschülervertretung sowie eine aliquote Anpassung bei einer kürzeren Turnuszeit.

Berufsschule des 21. Jahrhunderts

Oft wird in der Berufsschule noch Technik benutzt, die nicht mehr dem Standard der Industrie entspricht und damit nicht mehr zeitgemäß ist und auch nicht im Lehrbetrieb verwendet wird. Ebenso ist es mit der Ausstattung: In jeder Klasse sollte es einen Beamer und frei zugängliches W-LAN geben und Berufsschülerinnen und Berufsschülern muss es gestattet sein, auch ihre eigenen Geräte verwenden zu dürfen, um so im Unterricht mitarbeiten zu können. Meist wird dies aber von Lehrerinnen und Lehrern verweigert, obwohl viele Schülerinnen und Schüler auf ihrem eigenen Gerät mitschreiben wollen, um von dort aus zu lernen. Hier sollte die Möglichkeit gegeben sein, die Berufsschule ins 21. Jahrhundert zu bringen und nicht mehr nur auf Stift und Papier zu setzen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Einen Beamer in jeder Klasse, um verstärkt auf Online-Inhalte setzen zu können, aber auch zeitgerechte Lernunterlagen zur Verfügung stellen zu können.
- § Frei zugängliches W-LAN in jeder Klasse, um zu gewährleisten, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit hat, mit ihrem/seinem eigenen Gerät mitarbeiten zu können.
- § Veraltete Technik und Ausstattung an den industriellen Standard anpassen

ZLA

Der Anspruch an die Arbeitskräfte im technischen und im landwirtschaftlichen Umfeld nimmt in Österreich laufend zu. Deshalb wird es zunehmend wichtiger, ein umfassendes Ausbildungsangebot in diesem Umfeld sicherzustellen. Dieses Ausbildungsangebot wird zu großen Teilen, momentan durch die Zentrallehranstalten gewährleistet. In den vergangenen Jahren hat sich diese Bildungsinfrastruktur jedoch leider in die falsche Richtung entwickelt, weswegen essentielle Ausbildungsplätze verloren gegangen sind.

Schulstandorte und Schulplätze

Da der ZLA-Bereich in zwei Bereiche unterteilt wird, gibt es hier völlig verschiedene Probleme, die auf unterschiedliche Arten gelöst werden müssen. Die Anmeldezahlen im TGLA-Bereich steigen von Jahr zu Jahr. Immer mehr Jugendliche interessieren sich für Technik, Design, Wissenschaft und Wirtschaft.

Doch egal wie viele Anmeldungen es gibt, die Schulen haben nicht unbegrenzt Platz und so müssen viele SchülerInnen abgelehnt werden. Ob mit Hilfe eines Aufnahmetests oder anhand der Noten ausgewählt wird ist schulautonom geregelt, doch ein Ausbildungsplatz kann nicht doppelt oder sogar dreifach besetzt werden. Sowohl die Nachfrage seitens der Industrie als auch die der Jugendlichen steigt, somit leidet die Schule unter enormem Druck. Um möglichst vielen Schülerinnen und Schülern einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, wird die Klassengröße auf ein Maximum erhöht, was wiederum das Arbeitsklima senkt und dem Lernerfolg schadet.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Erhaltung und Ausbau der bestehenden Schulstandorte im TGLA Bereich
- § Erhaltung und Aufstockung der Schulplätze im TGLA-Bereich
- § Instandhaltung und notwendige Renovierungsarbeiten an Schulstandorte der TGLA

Der LFLA Bereich kämpft wiederum mit dem genau umgekehrten Problem. Die Land-und Forstwirtschaft wird immer unbekannter und durch mangelnde Informationen auch unattraktiver für Jugendliche. Die Anmeldezahlen lassen oft zu wünschen über, was dazu führt, dass Klassen immer kleiner, zusammengelegt oder sogar ganze Schulstandorte geschlossen werden. Doch jeder Schulstandort führt einzigartige Fachrichtungen und ist somit essentiell.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Erhaltung der bestehenden Schulstandorte im LFLA Bereich
- § Erhaltung und Aufstockung der Schulplätze im LFLA Bereich Internat
- Beibehaltung der Öffentlichkeitsarbeit um möglichst viele potentielle SchülerInnen zu erreichen.

19 Schulen - so viele ZLA's gibt es in ganz Österreich. So nah zu wohnen, dass eine tägliche Anreise möglich ist, ist also für viele schier unmöglich. Hier gibt es glücklicherweise die Möglichkeit eines Internatsbesuches. Doch hier gibt es einige Probleme. Gesundes Essen gibt es mittlerweile an den meisten Schulen, mit vegetarischen und vor allem veganen Alternativen sieht es meist leider anders aus. Auch für Freizeitbeschäftigungen ist nicht sonderlich gut gesorgt.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Einführung und Aufbau von fachunabhängigen und -spezifischen Freifächern
- § Gesundes und abwechslungsreicher Speiseplan und die Möglichkeit auf vegetarische, vegane Alternativen, sowie eine Möglichkeit für SchülerInnen mit Unverträglichkeiten am Schulessen teilzunehmen.

Steigerung des Bekanntheitsgrads und Aufwertung des Images

Ein wesentlicher Grund für die fallenden Anmeldezahlen im LFLA-Bereich ist der Bekanntheitsgrad. Während der TGLA Bereich – genauso wie die restlichen Schultypen – ein Selbstläufer ist, trifft das auf die LFLAen leider nicht mehr zu. Jugendliche sind schlecht und vor allem zu wenig, über die möglichen Ausbildungswege im ZLA Bereich und die späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt informiert. Da viele Jugendliche und deren Eltern ein vollkommen realitätsfernes Bild von der Ausbildung im Bereich der LFLA's haben, wird diese von den meisten als unattraktiv und veraltet angesehen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Informationsaustausch v.a mit SchülerInnen der Sekundarstufe I
- § Weiterführung der Kampagne des BMLRTs

Anpassung der Lehrpläne

Der ZLA Bereich bildet im technischen und im landwirtschaftlichen Umfeld die Arbeitskräfte von morgen aus. Die Nachfrage von Seiten der Industrie steigt, doch wie sollen sich Schüler in der, sich immer weiter wirkenden Arbeitswelt zurechtfinden, wenn im Unterricht veraltete und längst überholte Programme, Techniken und Maschinen gelehrt und verwendet werden? Die Qualität und das Wissen der fertig ausgebildeten Schüler sollte steigen und nicht fallen. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, die Lehrpläne auf den neuesten Stand zu bringen, denn wie sollen wir in die Arbeitswelt von morgen einsteigen, wenn unsere Lehrpläne und unser angeeignetes Wissen von gestern sind?

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Auf die zukünftige Arbeitswelt angepasste Lehrpläne
- § Das Einbinden von aktuellen Programmen, Maschinen, Arbeitsweisen und Techniken im Unterricht